

**Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft
und Forschung**

Abteilung Jugend und Familie, Landesjugendamt
Geschäftsstelle des LJHA Berlin

Beuthstraße 6-8
10117 Berlin

9026-5363
Anke.Hollmann@SenBWF.Berlin.de

**Protokoll der 5. Sitzung
des Landesjugendhilfeausschusses Berlin (LJHA)
vom 15. Juli 2009**

Teilnehmerinnen/

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Ort: Centre Francais, Müllerstraße 74, 13349 Berlin, Raum 117

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 15:20 Uhr

Leitung: Danuta Sarrouh

Protokoll: Anke Hollmann

Tagesordnung:

1. Vorstellungen zur Kooperation von Jugendhilfe und Schule im Referentenentwurf zur Schulstrukturreform"; BE: Herr Arnz (Aufruf des Tagesordnungspunktes bei Anwesenheit)
2. Bericht aus der Lenkungsgruppe Kooperation Jugendhilfe und Schule; BE: Herr Piekara
3. Aktuelles
4. Protokoll der Sitzung am 20. Mai 2009
5. Benennung von zwei Vertretern/innen durch den LJHA für die Lenkungsgruppe Projekt „Weiterentwicklung der Struktur und Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit in Berlin“
6. Benennung eines Vertreters/eines Stellvertreters des LJHA in den Landesschulbeirat (LSB)
7. Beschlussempfehlung aus dem UA Jugendarbeit, außerschulische Jugendbildung und Jugendsozialarbeit zum Bericht der LAG „Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in Berlin; BE: Frau Berndt
8. Beschlussempfehlung Lärmverordnung für Bolzplätze und vergleichbare Anlagen; BE: Herr Rooß
9. Beschlussempfehlung zur Internetpräsentation des Landesjugendhilfeausschusses
10. Beschlussempfehlung aus dem UA „HzE und Familienpolitik“ zur Zusammenfassung und Entwicklung der Hilfezahlen und Ausgaben HzE 2008 und im Jahresvergleich"
11. Verschiedenes

Die Beschlussfähigkeit wird (14) festgestellt.

Frau Sarrouh begrüßt die Anwesenden und weist darauf hin, dass sich Herr Arnz gleichzeitig in einer anderen Sitzung befindet, später aber in den LJA kommt um zum TOP 1 zu informieren. Die Sitzung beginnt mit TOP 3: Aktuelles.

3. Aktuelles

Der Senat hat am 7.7.2009 den HH 2010/2011 beschlossen. Vorsorge wurde für die Einführung der beitragsfreien Kitajahr in 2010/2011 getroffen). Ein Gesetzentwurf zur Änderung des KitaFöG muss noch hiervon unabhängig auf den Weg gebracht werden.

Herr Penkert informiert, dass das Abgeordnetenhaus die Mittel für HzE für den HH 2010/2011 auf 360 Mio € aufgestockt hat mit der Auflage, ein Controlling/Fachcontrolling HzE einzuführen. Ende September wird ein gemeinsamer Zwischenbericht erwartet. Weiterhin informiert er, dass die Einnahmen von Lottomitteln ein Problem für den EP 10 bleiben. Zur Abdeckung des erwarteten Defizits werden reguläre Haushaltsmittel in Höhe von 2 Mio € zusätzlich veranschlagt. Im gleichen Umfang werden Projekte aus dem Lottotitel verlagert.

Herr Penkert informiert, dass sich der Verfassungsgerichtshof mit dem Kita-Volksbegehren des LEAK befasst hat, am 6.10.2009 ist die Urteilsverkündung.

Zur Personalerhebung in den Bezirken wurden der Lenkungsgruppe die Ergebnisse der Untersuchung eines sozialräumlich organisierten Jugendamtes vorgelegt.

Zur AG Jugendfreizeitstätten informiert Herr Piekara, dass die konstituierende Sitzung der Lenkungsgruppe unter der Leitung von Frau StS Zinke stattgefunden hat. Diese gab einen Überblick über Anlass und Anliegen dieses Projektes. Anlass sind u.a. die Auswirkungen der Überlassung von Jugendfreizeiteinrichtungen an freie Träger. Ziel des Projektes ist die Berlin weite einheitliche Finanzierung, Strukturierung und Steuerung der Jugendarbeit und der nicht entgeltfinanzierten Jugendsozialarbeit. Es gab zwei Beschlussvorlagen. Im Rahmen des Projektes soll geprüft werden, ob ein Rahmenvertrag Jugendarbeit grundsätzlich möglich und sinnvoll ist. In der Lenkungsgruppe wurden die Aufträge für die Projektgruppe festgelegt in Zusammenarbeit mit der AG 9 und AG 2 der AGBÖJ. Erste Ergebnisse werden im Dezember 2009 in der Sitzung der StR Jugend diskutiert werden können.

Herr Siele gibt bekannt, zu den Beratung Haushaltsplanentwurf 2010/2011 eine gemeinsame Sitzung der UA Etatfragen und UA Jugendarbeit durchzuführen (4.09.2009).

Die Steigerung im Kitabereich im Vergleich 2009 und 2010 bittet Herr Hoyer als Thema im kommenden UA Tagesbetreuung zu behandeln.

4. Protokoll der Sitzung am 20. Mai 2009

Das Protokoll wird ohne Einwände beschlossen.

**5. Benennung von zwei Vertretern/innen durch den LJHA für die Lenkungsgruppe
Projekt „Weiterentwicklung der Struktur und Finanzierung der Kinder- und
Jugendarbeit in Berlin“**

Aufgrund vorliegender Vorschläge für Tim Scholz und Andreas Schulz werden beide benannt.
(Abstimmungsergebnis: 11 / 1/ 3)

**6. Benennung eines Vertreters/eines Stellvertreters des LJHA in den Landeschulbeirat
(LSB)**

Für die Vertretung des LJHA im Berliner Schulbeirat, bisher durch Frau Sarrouh vertreten, werden
Herr Hoyer und stellv. Frau Lingens benannt. (Abstimmungsergebnis: einstimmig)

**7. Beschlussempfehlung aus dem UA Jugendarbeit, außerschulische Jugendbildung
und Jugendsozialarbeit zum Bericht der LAG „Mitbestimmung von Kindern und
Jugendlichen in Berlin; BE: Frau Berndt**

Dem LJHA liegt eine Beschlussempfehlung aus dem UA Jugendarbeit, außerschulische
Jugendbildung und Jugendsozialarbeit vor. Frau Berndt erläutert diese.

Nach einer kurzen Verständigung beschließt der LJHA wie folgt:

**„Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der LAG „Mitbestimmung von
Kindern und Jugendlichen in Berlin“ vom 3.03.09 zustimmend zur Kenntnis und dankt
den Mitgliedern der LAG für die geleistete Arbeit.**

**Die LAG wird beauftragt, für die Bereiche Kindertagesbetreuung, Hilfen zur Erziehung
und Jugendhilfeplanung, Ansatzpunkte für eine verbesserte Beteiligung von Kindern
und Jugendlichen in diesen Arbeitsfeldern zu beschreiben und Handreichungen zu
entwickeln, die Hilfestellungen für die praktische Umsetzung bieten. Außerdem soll
dadurch die Beschreibung entsprechender Qualitätsstandards ermöglicht und deutlich
werden, welche zeitlichen, personellen und finanziellen Ressourcen zu deren
Umsetzung erforderlich sind. Entsprechend der inhaltlichen Schwerpunktsetzung soll
die LAG zu aktuell bearbeitenden Arbeitsfeldern kompetente Fachleute und andere
Arbeitsgruppen hinzuziehen.**

**Die Arbeitsperiode der LAG wird bis zum Juni 2011 verlängert. Die LAG wird dem
Landesjugendhilfeausschuss zum Juni 2010 einen Zwischenbericht über den Stand der
Arbeit vorlegen.**

**Die „Entwicklung eines standardisierten Verfahrens über die Beteiligung bei der
Planung von Straßenquerungen“ wird zum Juni 2010 beendet und dem
Landesjugendhilfeausschuss zu diesem Zeitpunkt ein entsprechender Bericht vorgelegt.**

Abstimmung: einstimmig

8. Beschlussempfehlung Lärmverordnung für Bolzplätze und vergleichbare Anlagen; BE: Herr Roß

Als 2. Teil zum o.g. Thema liegt eine Beschlussempfehlung aus dem UA Jugendarbeit, außerschulische Jugendbildung und Jugendsozialarbeit vor.

Im Mai 2009 wurde folgender Beschluss gefasst:

„Der LHA nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass auch in Berlin Entwicklungen erkennbar sind, wonach die soziale Akzeptanz von „Kinderlärm“ als Äußerung des kindlichen Lebensgefühls erschwert wird. So musste eine Kita aufgrund einer Lärmbeschwerde bereits ihre Räume verlassen. Es besteht die Sorge, dass auch in Folge dieser Entscheidung die Zulassung neuer Kitas in Wohngebieten und Gebäuden verschiedentlich erschwert wird.

Kinderlärm muss in den landesrechtlichen Vorschriften positiv privilegiert werden. Die vorhandenen Aussagen auf Ebene der Verwaltungsvorschriften sind offenbar nicht ausreichend. Der in Kitas und Kindereinrichtung entstehende Lärm ist im immissionsschutzrechtlichen Sinn sowohl anlagen- wie auch verhaltensbezogen. Deshalb überschneiden sich hier die Zuständigkeiten des Bundes und der Länder und es sind sowohl bundesrechtliche Initiativen (Baunutzungsverordnung, Bundesimmissionsschutzgesetz) notwendig als auch landesrechtliche (Landesimmissionsschutzgesetz).

Der LHA fordert den Senat auf, die rechtliche Regelung zum Lärmschutz zeitnah daraufhin zu prüfen, ob und wie eine stärkere Privilegierung von Kinderlärm erreicht werden kann und ggf. eine entsprechende Gesetzesinitiative vorzunehmen.

Es wird diesbezüglich insbesondere auf die in der Antwort auf die Kleine Anfrage Drs. 16 / 12 931 enthaltende Zusagen (Punkt 1a bis 1c) hingewiesen.

Neben gesetzlichen Regelungen sollte die Berliner Landespolitik auch in der Öffentlichkeit ihrer Verantwortung für ein kinder-, jugend- und familienfreundliches Berlin gerecht werden. Daher regt der LHA eine gemeinsame Öffentlichkeitskampagne für die bessere Akzeptanz von Kinderlärm von Seiten der Landesregierung an.“ — *Ende des Beschlusses* -

Daraufhin wurde der UA Jugendarbeit, außerschulische Jugendbildung und Jugendsozialarbeit beauftragt, den Beschluss in Bezug auf Bolzplätze und ähnliche Freizeitanlagen zu erweitern.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt nach Diskussion wie folgt:

„Der Landesjugendhilfeausschuss fordert die Senatsverwaltung auf zu prüfen, inwieweit die gesetzgeberische Zuständigkeit für den Lärmschutz bei Bolzplätzen und vergleichbaren Anlagen auf Landesebene liegt.

Sollte die Regelungskompetenz beim Land liegen, fordert der Landesjugendhilfeausschuss die Senatsverwaltung auf, eine Initiative zur Lockerung des Lärmschutzes von Jugendspielplätzen, Bolzplätzen und ähnlichen Freizeitanlagen für Jugendliche zu ergreifen, damit eine kindgemäße Nutzung der Anlagen nicht an Lärmschutzauflagen scheitert, die auch nicht mehr dem Leitbild einer kinder- und familienfreundlichen Stadt entsprechen.“

Abstimmungsergebnis: 14 / 0 / 1

9. Beschlussempfehlung zur Internetpräsentation des Landesjugendhilfeausschusses

Um interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Akteuren in der Kinder- und Jugendhilfe eine Information über Themen in den Sitzungen und die Beschlüsse zu geben, ist es hilfreich, diese öffentlich zu machen und hierfür das Internet zu nutzen.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt wie folgt:

„Alle Protokolle und Beschlüsse des Landesjugendhilfeausschusses von Berlin sollen im Internet veröffentlicht werden.“ Abstimmungsergebnis: 14 / 0 / 1

10. Beschlussempfehlung aus dem UA „HzE und Familienpolitik“ zur Zusammenfassung und Entwicklung der Hilfezahlen und Ausgaben HzE 2008 und im Jahresvergleich“; BE: Herr Piekara

Der vorliegende Bericht für das Jahr 2008 weist neben dem rund zehnprozentigen Zuwachs der Ausgaben und Fallzahlen im Bereich der Hilfen zur Erziehung weiterhin deutliche Unterschiede in der Ausgaben- und Fallzahlenentwicklung in den Bezirken auf. Dies bestätigt die Notwendigkeit der geplanten Fachdiskurse, die fachlichen Kriterien für ein standardisiertes Fachcontrolling gemeinsam mit den Bezirken zu entwickeln. Insbesondere sollte die Wirkung der Hilfen mehr als bisher Beachtung finden. Die häufige Entscheidungspraxis, die Gewährung von Hilfen vorrangig an den fiskalischen Vorgaben der Politik zu orientieren, führte nur kurzzeitig zu einer Reduzierung des Ausgaben- und Fallzahlenvolumens. Bedarfsgerechte und damit adressatenorientierte, effektive und nachhaltige Jugendhilfearbeit ist nur dann zu erzielen, wenn „die richtige Hilfe zum richtigen Zeitpunkt“ und eine auf Transparenz und Kooperation ausgerichtete Zusammenarbeit zwischen den Akteuren und Einrichtungen der Jugendhilfe erfolgt.

Der Landesjugendhilfeausschuss von Berlin beschließt wie folgt:

„1. Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den von der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung vorgelegten Bericht und deren Auswertung zur Hilfezahlen- und Ausgabenentwicklung im Bereich Hilfe zur Erziehung 2008 zur Kenntnis.

2. Er empfiehlt, die Ergebnisse der in 2009/2010 geplanten fachlichen Diskurse zu den Themenfeldern:

- **Prävention im Vorfeld von Hilfen zur Erziehung**
- **Komplexe Hilfebedarfe an der Schnittstelle Hilfen zur Erziehung, Psychiatrie und Schule**
- **Migranten und Migrantinnen und deren Zugang zu den Hilfen zur Erziehung,**
- **Jugenddelinquenz und Wirksamkeit von Hilfen zur Erziehung, für die Weiterentwicklung des durch die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung einzurichtenden standardisierten Fachcontrollings (bezirkliche Bedarfsfeststellung, Wirkungsanalyse, Angebotsentwicklung, Hilfeplanverfahren, Qualitätsdialoge u.a.)**

zu nutzen.“

Abstimmungsergebnis: 14 / 0 / 1

11. Verschiedenes

Von der AWO wird ein Positionspapier zur Jugendförderung in Berlin verteilt. Dieses wird an den UA Jugendarbeit überwiesen.

2. Bericht aus der Lenkungsgruppe Kooperation Jugendhilfe und Schule;

BE: Herr Piekara

Das von der Projektgruppe erarbeitete Papier zur Erstellung einer Bestandsaufnahme der vorhandenen Angebote in den Kooperationsfeldern der Jugend- und der Jugendsozialarbeit ist in der Lenkungsgruppe erörtert worden. Es gibt von dort noch Ergänzungswünsche hinsichtlich bestimmter Angebotsformen aus dem Sportbereich. Die in der Lenkungsgruppe vertretenen Bezirke sind bereit, das Arbeitspapier der Projektgruppe nach Überarbeitung nochmals auf Plausibilität zu überprüfen.

Die Lenkungsgruppe hat eine Empfehlung der Projektgruppe zur Kenntnis genommen, nach der die Finanzierung der Schülerclubs für das kommende Schuljahr fortgeschrieben werden soll. Die nächste Sitzung der Lenkungsgruppe zum Schwerpunktthema Kooperation von Schule und Jugendbildungsstätten findet am 25.09.2009 statt.

1. Vorstellungen zur Kooperation von Jugendhilfe und Schule im Referentenentwurf zur Schulstrukturreform"; BE: Herr Arnz (Aufruf des Tagesordnungspunktes bei Anwesenheit)

- wird auf die nächste Sitzung im September vertagt -

Es liegen keine weiteren Anträge vor, die Sitzung wird geschlossen.